



Menschenrechte der Flüchtlinge verkauft

Als einen fundamentalen Verstoß gegen die Menschenrechte von Flüchtlingen kritisiert DIE LINKE den EU-Türkei-Deal. Er sei darüber hinaus faktisch nicht umsetzbar und werde nur neue, gefährlichere illegale Wege der Flucht schaffen, erklärte Sabine Berninger, flüchtlingspolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Die EU nehme einen Despoten als Partner, der täglich die innenpolitische Krise im eigenen Land weiter eskaliert. „Das Abkommen führt zu einem Massenabschiebeprogramm, welches geltendes Asylrecht mit Füßen tritt“, kritisierte die Abgeordnete scharf und unterstützt daher ausdrücklich Vorhaben u.a. von PRO ASYL, den EU-Türkei-Deal rechtlich anzufechten. Die unmenschliche Lage der Flüchtlinge wie zuletzt in Idomeni zeige, dass der maßgeblich von Bundeskanzlerin Angela Merkel angestrebte Deal keinen Lösungsansatz biete, sondern nur die „traurige Realität einer inhumanen Festung Europa zementiert und verfolgte Menschen zu anderen gefährlichen Fluchtwegen zwingt. Der Deal wird den Schleppern nicht die Handlungsgrundlage entziehen, sondern ihnen zu einer neuen Konjunktur verhelfen. Europa braucht sichere, legale Wege für Flüchtlinge und eine wirksame und nachhaltige Bekämpfung der Fluchtursachen anstelle von Deals mit einem Staat, welcher in seiner Innen- und Außenpolitik Menschenrechte missachtet“, betonte die LINKE-Politikerin. ■

Die meisten Minijobs werden von Frauen verrichtet

Am Rande der März-Sitzung des Landtags hatten Vertreterinnen und Vertreter der rot-rot-grünen Koalition zusammen mit Gewerkschafterinnen und dem Landesfrauenrat mit einer Aktion auf die nach wie vor ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern aufmerksam gemacht.

Gefordert wurde, die durchschnittliche Entgeltlücke von fast 22 Prozent in Deutschland endlich zu schließen. Vor dem Equal Pay Day am 19. März, dem Tag der gleichen Bezahlung von Männern und Frauen, erklärte die gleichstellungs- und sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Karola Stange:

„Berufe mit Zukunft“, wie das Motto des diesjährigen Equal Pay Days lautet, sind vor allem auch die sogenannten Care-Berufe, also Berufe in der Erziehung und Pflege. Es ist nicht hinnehmbar und zeugt von deren geringer gesellschaftlicher Wertschätzung, dass gerade Frauen, die diese Arbeit im Wesentlichen tragen, eklatant weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen.“ Die LINKE-Politikerin forderte erneut ein Entgeltgleichheitsgesetz auf Bundesebene, „das schon lange vorliegen sollte“.

Ina Leukefeld, arbeitspolitische Sprecherin der Linksfraktion, hatte auf die umgerechnet 79 Tage, die Frauen länger arbeiten müssen als Männer, um letztlich auf den gleichen Lohn zu kommen, aufmerksam gemacht. „Man kann es auch anders ausdrücken: Dann steht der Equal Pay Day für den Tag im Jahr, bis zu dem Frauen umsonst arbeiten, wäh-

rend Männer schon seit dem 1.1. für ihre Arbeit bezahlt werden“, so die Abgeordnete weiter. Analysen zeigten, dass die bis etwa 2010 andauernde gravierende Ausbreitung der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern sowie zwischen Ost und West scheinbar gestoppt werden konnte. Dennoch sei keine Entwarnung angesagt. „Die Gründe für die Lohndifferenz sind vielfältig“, sagte

„So ist der Anteil von Frauen im Teilzeitbereich in den letzten sechs Jahren in Thüringen um über 40 Prozent gestiegen und fünfmal höher als bei den Männern. Auch bei der Bezahlung für formale gleiche Qualifikation und Tätigkeit schneiden Frauen deutlich schlechter ab. Sie sind überdurchschnittlich oft bei den ‚Niedriglöhnern‘ im Dienstlei-



stungsbereich zu finden“, so die Abgeordnete.

„Trotz Einführung des Mindestlohnes von 8,50 Euro partizipieren Teilzeitbeschäftigte nur wenig, weil das Einkommen insgesamt nicht existenzsichernd ist. Dabei werden 77 Prozent aller Minijobs von Frauen verrichtet“, machte die LINKE-Politikerin deutlich.

Foto: Peter Lahn ■

Die LINKE-Abgeordneten spenden die Diätenerhöhung

Die automatische Erhöhung der Diäten für die Landtagsabgeordneten, die in Artikel 54 der Thüringer Verfassung geregelt ist, halten die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE für falsch, weil sie eine Form von Selbstbedienungsmentalität darstellt.

Der automatische Erhöhung der Diäten fehlt die notwendige Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, sie führt zu Politikverdrossenheit. Außerdem wird bei der Erhöhung von einer Datenbasis ausgegangen, die nicht den realen Einkommens- und Vermögensverhältnissen in Thüringen entspricht. Seit Inkrafttreten der Verfassung kämpft die LINKE gegen die automatische Erhöhung der Diäten für Abgeordnete. Ei-

ne Verfassungsklage war leider nicht erfolgreich, unsere Anträge zur Abschaffung oder zumindest Aussetzung der Erhöhungen fanden bei den anderen Parteien im Landtag nicht die notwendige Mehrheit. Vor allem die CDU macht sich für die automatischen Erhöhungen der Diäten stark.

Deshalb gründeten 1995 Abgeordnete der PDS (heute DIE LINKE) den Verein Alternative 54 Erfurt e.V., der die automatischen Erhöhungen der Abgeordneten-Diäten an soziale, kulturelle und ehrenamtliche Vereine und Initiativen sowie Jugendprojekte

weitergibt. Seit der Gründung hat der Verein mehr als 2.700 Zuwendungen getätigt. Über eine Million Euro wurden so von den Abgeordneten aus den Diätenerhöhungen für gemeinnützige Zwecke gespendet.

Unterstützt wurde jetzt beispielsweise die Klasse 8b der Musäusschule in Weimar-West. Die alternative Spende, die der Abgeordnete Steffen Dittes überbrachte, dient der Förderung des Graffiti-Projekts der Klasse im Rahmen der Verleihung des Titels „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Die Abgeordnete Karola Stange übergab anlässlich der Jahreshauptversammlung der Rheumaliga in Erfurt einen Spendenscheck, mit dem Geld sollen neue Sportgeräte angeschafft werden. ■



Weitere Infos

Alle zwei Wochen erscheint der Parlamentsreport der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag als gedruckte Beilage zur Thüringer Zweiwochenzeitung UNZ - Unserer Neue Zeitung (www.unz.de). Darin unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitiativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr, online unter www.die-linke-thl.de/nc/media-thek/parlamentsreport.

Sämtliche Infos der Fraktion, Pressemitteilungen, Termine, Kontakte zu den Abgeordneten, ihre Reden, Parlamentsinitiativen, Links zu den Social-Media-Kanälen der Fraktion DIE LINKE unter: www.die-linke-thl.de

Thüringen wird bundesweit Spitze bei mehr direkter Bürgerbeteiligung

Die Koalitionsfraktionen von Rot-Rot-Grün haben am 17. März den Gesetzentwurf zur direkten Demokratie auf kommunaler Ebene, der gemeinsam mit dem Landesverband Thüringen von Mehr Demokratie e.V. erarbeitet wurde, dem Landtag zur ersten Beratung vorgelegt. Thüringen wird damit bundesweit Spitze bei den Regelungen für mehr Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie in den Kommunen.

„Direkte Demokratie sensibilisiert dafür, dass es in einer komplexen Gesellschaft meist keine einfachen Sachlösungen gibt. Sie gibt den Menschen Handlungsmöglichkeiten, sie erleben, dass ihre Entscheidungen auch tatsächlich etwas verändern können“, hatte Anja Müller, die Sprecherin der Linksfraktion für Bürgerbeteiligung, in ihrer Rede im Landtag betont. Dies steigere die Chancen, „Populisten mit ihren Scheinversprechen der einfachen Lösung zu entlarven“, letztlich helfe diese Stärkung der demokratischen Kultur auch der Arbeit und der Akzeptanz der Kommunal-Gremien.

„Von Beginn an setzt sich unsere Fraktion für den weiteren Ausbau der direkten Demokratie ein und hat dies immer in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Bündnis 'Mehr Demokratie in Thüringen' getan. Alle Koalitionsparteien sind Mitglieder im Bündnis. Unser Ministerpräsident war als Gewerkschaftsvertreter der HBV Gründungsmitglied des Bündnisses“, so die LINKE-Politikerin weiter. Das jetzt vorgelegte eigenständige Verfahrensgesetz – das die Eckpunkte der Reform von 2009 weitestgehend bestehen lässt – schaffe Rechtssicherheit und auch landesweite Ver-

gleichbarkeit beim Umgang der Kommunalverwaltungen mit diesen Verfahren. Die detaillierte Anleitung helfe nicht nur Initiatoren und Initiativen, sondern auch den Kommunal-Verwaltungen in ihrer Arbeit. Die Einreicher des Gesetzentwurfs gehen davon aus, dass dies die Aktivitäten der di-

zwischen dem Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen und den Koalitionsfraktionen. Er ist ein gelungenes Gemeinschaftsprojekt von parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktiven und Organisationen. Solcher Austausch und solche Wechselwirkung sind wichtig für eine le-

- Abschaffung der Amtseintragung,
- Information vor Bürgerentscheid an jeden Haushalt (ohne Festlegung eines Formates),
- Ermöglichung von Bürgerbegehren auch in Ortsteilen und Ortschaften, Zulassung von Bürgerbegehren zur Beteiligung der Gemeinde an Unternehmen,
- mit Bürgerbegehren soll Bürgermeister-Abwahl beantragt werden können, allerdings mit dreifachem Quorum (21 Prozent),
- Ratsbegehren und Ratsreferendum: Gemeinderat soll mit Zwei-Drittel-Mehrheit selbst einen Bürgerentscheid ansetzen können,
- Gemeinderat soll Alternativvorlage mit zur Abstimmung stellen können (verhindert Frontenbildung und fördert Diskussion um die beste Lösung),
- Verstärkung der Bindungswirkung von Bürgerentscheiden; wird ein Bürgerentscheid durch einen Gemeinderatsbeschluss „angegriffen“, können die Bürgerinnen und Bürger mit halbiertem Quorum (3,5 Prozent) einen Bürgerentscheid verlangen,
- Einführung einer Fairnessklausel (gleiche Bedingungen für Gemeinde und Initiative z.B. im Abstimmungskampf),
- Recht auf Beratung in formalen Fragen durch Landesverwaltungsamt,
- Datenschutzklausel, damit die Unterschriften nicht anderweitig missbraucht werden,
- geringere Anforderungen an Unterschriftsleistung, so dass sich Menschen beim Eintragen ihrer Daten helfen lassen können,
- Aufhebung des Kopplungsverbot für Bürgerentscheide und Kommunalwahlen (weniger Arbeitsaufwand und Kosteneinsparung). ■



Auf einer Pressekonferenz vor der Landtagssitzung hatten Ralf-Uwe Beck, Bündnis Mehr Demokratie e.V., Anja Müller, LINKE, Uwe Höhn, SPD, Dirk Adams, Bündnis 90/Die Grünen, (v.l.) die Kernpunkte des Gesetzentwurfs erläutert. Foto: Annette Rudolph

rekten Demokratie in Kommunen noch weiter beleben wird. Denn die Reform 2009 hat zwar schon zu mehr Bürgerbegehren geführt, aber im Vergleich zu anderen Bundesländern gibt es in Thüringen noch Nachholbedarf.

„Der Gesetzentwurf ist der Erfolg einer langjährigen Zusammenarbeit

sendige, praktisch funktionierende Demokratie. Nun steht eine umfangreiche – natürlich öffentliche – Anhörung im Innenausschuss an. Das Gesetz soll noch vor der Sommerpause beschlossen werden“, betonte Anja Müller.

Die Kernpunkte des Gesetzentwurfs lauten:

FRAKTION IN AKTION

Landesverantwortung für Grundschulhorte

Auf riesiges Interesse bei Personalräten und Elternvertretungen war die Veranstaltung der Linksfraktion zur Zukunft der Grundschulhorte am 15. März im Thüringer Landtag gestoßen, nachdem nun klar ist, dass alle Horte ab dem Sommer in die Trägerschaft des Landes gehen, aber noch eine ganze Reihe von Fragen offen waren.

Die bei den kommunalen Trägern angestellten Erzieherinnen und Erzieher erhalten unbefristete Arbeitsangebote des Landes. Torsten Wolf, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion, verwies auf die mit dieser Entscheidung verbundene Sicherheit für die Schulen, die Beschäftigten und die Eltern, dass die weitere Entwicklung zu einer deutschlandweit einmaligen Ganztagschule in Thüringen



fortgesetzt werden kann. Die pädagogische und organisatorische Einheit von Schule und Hort bleibt erhalten und wird nun endlich abgesichert. „Dies ist eine gute Entscheidung für die Thüringer Grund- und Gemeinschaftsschulen sowie für die Beschäftigten an den Horten und die Eltern“, betonte der Abgeordnete.

Bereits im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag war vereinbart worden, dass die Grund- und Gemeinschaftsschulen in Thüringen zu Ganztagschulen weiterentwickelt werden, erinnerte Torsten Wolf. Allen Schulträgern, Schulen, Lehrkräften und vor allem Erzieherinnen, welche in den



letzten Jahren die Thüringer Ganztagschulen vorangebracht haben. gelte auch seitens der LINKEN ein großer Dank. „Die guten Erfahrungen aus den kommunalisierten Horten, insbesondere in Jena, werden wir bei der weiteren Entwicklung im Rahmen der ungekürzten Haushaltsmittel für die Ganztagschulen fortführen. Hier stehen die zusätzlichen Angebote im Mittelpunkt“, erläuterte der Abgeordnete. „Die Übernahme der kommunalen Beschäftigten an den Horten mit ihren Beschäftigungsumfängen in den Landesdienst war ein Kernanliegen. Das ist realisiert.“ ■

Arbeitslosenparlament im Plenarsaal des Landtags

Bereits zum 38. Mal tagte am 10. März das Thüringer Arbeitslosenparlament. Es war auch die letzten Jahre nicht zuletzt durch die Unterstützung der Linksfraktion im Landtag zu Gast. Jetzt hatte es sich allerdings erstmals und auf Einladung der Vizepräsidentin des Thüringer Landtags, Margit Jung (LINKE), im Plenarsaal versammelt.

Gastrednerin beim Arbeitslosenparlament war Inge Hannemann, die legendär gewordene Streiterin für die Abschaffung der Hartz-IV-Sanktionen. Sie war als Mitarbeiterin des Jobcenters Altona suspendiert worden und sitzt seit 2015 mit einem Mandat der Partei DIE LINKE in der Hamburger Bürgerschaft. „Aufrecht bestehen – Ansprüche verteidigen – Sanktionen abschaffen – Arbeitsplätze schaffen“, lautete das Thema ihrer Rede, die mit großem Interesse aufgenommen worden war und zu der es zahlreiche Nachfragen gab.

Inge Hannemann: „Leute, wehrt Euch, zeigt Euch!“

Am Rande der Tagung hatte sich Inge Hannemann auf Einladung von Ina Leukefeld, der arbeitspolitischen Sprecherin der Linksfraktion, bei einem Pressegespräch geäußert und betont, wie wichtig es sei, den Menschen Mut zu machen, „sie wollen arbeiten, sie wollen gebraucht werden“. Sie spreche auch ungern von Arbeitslosen, „sie sind nicht arbeitslos, sie sind erwerbslos“. Ihr Appell laute: „Leute wehrt Euch, zeigt Euch, vernetzt Euch, zum Beispiel in Erwerbsloseninitiativen.“ Sie bezeichnete jede Sanktion als existenzgefährdend und verwies darauf, dass jede zweite Klage gegen Sanktionen vor den Gerichten gewinnt.

Das jetzt im Bund vorgelegte Hartz-IV-Änderungsgesetz läuft – neben einigen Verbesserungen – auf eine „Verschärfung des Hartz-IV-Unrechts hinaus. Die angeblichen Rechtsvereinfachungen gehen in Wirklichkeit vielfach zu Lasten der Betroffenen“, hatte Ina Leukefeld ge-

sagt und die Initiative der rot-rot-grünen Thüringer Landesregierung im Bundesrat mit dem Antrag zur Abschaffung der Sanktionsregelungen bei der geplanten Novellierung des SGB II begrüßt. „Der Ausbau eines zweiten Sanktionsregimes muss unbedingt verhindert werden, denn es kann nicht sein, dass Betroffene er-

Landesregierung zusammen mit dem Land Brandenburg im Bundesratsausschuss einen Antrag zur Streichung der Sanktionsregelungen in den Paragraphen 31 bis 32 SGB II eingebracht hat, weil die Vorschriften gegen das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums verstoßen. Statt



haltene Leistungen an das Jobcenter zurückzahlen sollen, wenn sie die Hilfebedürftigkeit aufrechterhalten oder nicht minimiert haben. Das ist zynisch, denn oft bekommen Langzeitarbeitslose nur schlechte Arbeit angeboten. Dann sind sie zwar nicht mehr arbeitslos, werden aber zu Aufstockern und müssen im diskriminierenden Zwangssystem verbleiben“, so die Arbeitsmarktpolitikerin der Linksfraktion.

Die Sanktionen müssen sofort abgeschafft werden

Ina Leukefeld betonte: „Es ist folgerichtig und gut, dass die Thüringer

Hartz IV mit einem zweiten Repressionsystem auszubauen, müssen die Sanktionen sofort abgeschafft werden. Die Rechtsfolgen sind mit dem Grundgesetz unvereinbar, weil sie zu einer erheblichen Abweichung vom verfassungsgemäßen Zustand, der insbesondere ein menschenwürdiges Existenzminimum garantieren soll, führen können.

Es bleibt abzuwarten, wie sich das Bundesverfassungsgericht im Zusammenhang mit der Entscheidung des Sozialgerichtes Gotha verhalten wird, das die Sanktionsvorschriften für verfassungswidrig hält und eine Prüfung gefordert hat. Wir bleiben an dem Thema dran.“

KURZ UND PRÄGNANT

Bundesverkehrswegeplan:

Am jetzt vorgelegten Bundesverkehrswegeplan bezeichnete es die Verkehrspolitikerin der Linksfraktion Dr. Gudrun Lukin als besonders bedenklich, dass sowohl die Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Verbindung zwischen Weimar und Gera-Göbnitz als auch der vollständige zweigleisige Ausbau von Papiermühle bis Hermsdorf nicht als vordringlich bewertet und als potentielle Vorhaben auf Halde geschoben werden. Auch der angemeldete Lückenschluss bei der Werrabahn wurde nicht berücksichtigt.

Erneuerbare Energien:

Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz 2016 wird der Ausbau der erneuerbaren Energien gebremst, kritisiert der Energiepolitiker der Linksfraktion Steffen Harzer. Netzbetreiber und große Stromkonzerne spielten sich in die Hände. Die Bundespolitik müsse hier einen Riegel schieben, für eine kommunale und bürgernahe Energiewende aktiv werden. Die kommunalen Energieversorgungsunternehmen, Stadtwerke und Bürgerenergiegenossenschaften stünden bereit.

Kindertagespflege:

Die Koalitionsfraktionen haben einen Antrag zur Kindertagespflege in Thüringen verabschiedet. Im Landesjugendhilfeausschuss sollen die fachlichen Aspekte, wie die Weiterentwicklung der Professionalität in der Kindertagespflege, bessere Fachberatung, Entbürokratisierung und die Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Kindertagespflegepersonen beraten werden.

www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/

NACHRICHTEN

Debatte versachlichen

Mit Blick auf Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2015 sagte der Innenpolitiker der Linksfraktion Stefan Dittes: „Die Statistik räumt auch mit Vorurteilen auf. Rund 96 Prozent der ermittelten Tatverdächtigen im Bereich der Rauschgiftkriminalität in Thüringen waren Deutsche. Berücksichtigt man Straftaten, die nur Flüchtlinge begehen können, wie Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz, dann waren bei einer insgesamt leicht zurückgehenden Anzahl von Straftaten neun von zehn Tatverdächtigen für alle Straftaten in Thüringen deutscher Herkunft.“ Der Abgeordnete hofft, dass damit die Debatte um einen vermeintlichen Zusammenhang zwischen Kriminalität und Flüchtlingsaufnahme wieder versachlicht wird.



Glückwünsche von Susanne Hennig-Wellso, Fraktionsvorsitzende der LINKEN, für Renate Licht vom Deutschen Gewerkschaftsbund Thüringen, am 17. März im Landtag zu ihrer Wiederwahl als stellvertretendes Mitglied des Thüringer Verfassungsgerichtshofs. Foto: Peter Lahn

Wohnungsbau

„Die Richtlinien des Landes für den sozialen Wohnungsbau werden von der Immobilienwirtschaft abgelehnt, obwohl sie im Bundesmaßstab sehr günstige Bedingungen vorsehen. Entscheidender Grund: die Unternehmen schielen mehr auf Rendite und Profit, wenn sie für Besserbetuchte Wohnungen errichten. Ein sozialer Auftrag wird, obwohl es sich zum großen Teil um kommunale Unternehmen handelt, nicht mehr als Unternehmensziel akzeptiert“, kritisiert die Wohnungspolitikerin der Linksfraktion Ute Lukasch. Die Mietpreisbegrenzungsverordnung für Erfurt und Jena sei ein Baustein für den Sozialen Wohnungsbau. Sie gebe den Mietern Sicherheit und Vertrauen, dass ihre Wohnungen nicht als Spekulationsobjekte genutzt werden.

TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten planmäßigen Plenarsitzungen des Thüringer Landtags sind anberaumt am 20. und 21. April sowie in der Zeit vom 18. bis 20. Mai. Die letzten Sitzungstage vor der parlamentarischen Sommerpause finden vom 22. bis 24. Juni statt.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Landtagssitzungen in Erfurt bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:
www.die-linke-thl.de

Die Abgeordneten und Wahlkreisbüros

Mit 28 Abgeordneten konnte DIE LINKE im Herbst 2014 wieder als zweitstärkste Fraktion in den Thüringer Landtag einziehen. Unsere Abgeordneten sind mit ihren Wahlkreisbüros quer durch Thüringen vor Ort, hier können sich die Bürgerinnen und Bürger informieren und ihre Anliegen an die Frau bzw. den Mann bringen. Folgend in alphabetischer Reihenfolge unsere Abgeordneten mit ihren Sprecherfunktionen in der Fraktion, ihren Wahlkreisbüros und Internetseiten:

Sabine Berninger: Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik, Sprecherin für Justizpolitik, Wahlkreisbüro LinXX.Treff, Am Markt 4, Bad Berka, www.Sabine-Berninger.de

André Blechschmidt: Parlamentarischer Geschäftsführer, Medienpolitischer Sprecher, Wahlkreisbüro: Johannesstraße 49, Erfurt, www.blechschmidt-andre.de

Steffen Dittes: Innenpolitischer Sprecher, Wahlkreisbüro: Marktstraße 17, Weimar, www.steffen-dittes.de

Kati Engel: Sprecherin für Kinder, Jugend und Ausbildung, Wahlkreisbüro Jugend- und Abgeordnetenbüro RosaLuxx: Georgenstraße 48, Eisenach, www.kati-engel.de

Ronald Hande: Sprecher für Landesentwicklung und Landesplanung, Wahlkreisbüro: Johannesstraße 49, Erfurt, www.ronald-hande.de

Steffen Harzer: Sprecher für Energiepolitik und Klimaschutz, Wahlkreisbüro: Eleonorenstraße 10, Meiningen, www.steffen-harzer.de

Dieter Hausold: Wirtschaftspolitischer Sprecher, Wahlkreisbüro: Markt 12 a, Gera, www.dieter-hausold.de

Susanne Hennig-Wellso: Fraktionsvorsitzende, Wahlkreisbüro Jugendbüro RedRoXX, Pilsse 29, Erfurt, www.susannehennig.de

Mike Huster: Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Haushalts-

und Finanzpolitischer Sprecher, Wahlkreisbüro: Naumburger Straße 8, Hermsdorf, www.mike-huster.de

Margit Jung: Vizepräsidentin des Landtags, familienpolitische Sprecherin, Wahlkreisbüro: Markt 12 a, Gera, www.margit-jung.de

Ralf Kalich: Sprecher für Kommunal Finanzen, Wahlkreisbüro (1): Nikolaiplatz 5, Schleiz, Wahlkreisbüro (2): Schuhgasse 13, Pöbneck, www.ralf-kalich.de

Katharina König: Sprecherin für Antifaschismus, Netzpolitik und Datenschutz, Jugend- und Wahlkreisbüro Haskala: Saalstraße 38, Saalfeld, www.haskala.de



Knut Korschewsky: Sport- und Tourismuspolitischer Sprecher, Wahlkreisbüro: Köppelsdorfer Str. 20, Sonneberg, www.korschewsky.de

Rainer Kräuter: Gewerkschaftspolitischer Sprecher, Wahlkreisbüro (1): Stadtring 17b, Sömmerda, Wahlkreisbüro (2): Kirchplatz 1, Bad Blankenburg, www.rainer-kraeuter.de

Jörg Kubitzki: Gesundheits- und Europapolitischer Sprecher, Wahlkreisbüro: Görmarstraße 27, Mühlhausen, www.mdlkubitzki.de

Tilo Kummer: Sprecher für Umwelt und Forsten, Wahlkreisbüro:

Rathausgasse 8, Hildburghausen, www.tilo-kummer.de

Frank Kuschel: Kommunalpolitischer Sprecher, Wahlkreisbüro: Turnvater-Jahn-Straße 16, Arnstadt, www.frankkuschel.de

Ina Leukefeld: Sprecherin für Arbeitspolitik, Wahlkreisbüro: Rüssenstraße 19, Suhl, www.inaleukefeld.de

Ute Lukasz: Wohnungspolitische Sprecherin, Wahlkreisbüro: Brückenplatz 19, Schmölln, www.utelukasz.de

Dr. Gudrun Lukin: Sprecherin für Verkehr und Infrastruktur, Wahlkreisbüro: Markt 4, Jena, www.gudrun-lukin.de

Dr. Iris Martin-Gehl: Mitglied im Petitionsausschuss, Wahlkreisbüro Johann-Karl-Wezel-Straße 50, Sondershausen, www.iris-martin-gehl.de

Katja Mitteldorf: Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Kulturpolitische und Religionspolitische Sprecherin, Wahlkreisbüro: Barfüßerstraße 18, Nordhausen, www.katja-mitteldorf.de

Anja Müller: Sprecherin für Petitionen und Bürgerbeteiligung, Wahlkreisbüro: Bahnhofstraße 23, Bad Salzungen, www.linksmueller.de

Christian Schaft: Wissenschafts- und Hochschulpolitischer Sprecher, Jugendbüro RedRoXX: Pilsse 29, Erfurt, www.redroxx.de

Dr. Johanna Scheringer-Wright: Sprecherin für Agrarpolitik und regionale Entwicklung, Abgeordnetenbüro: Blumenbachstraße 5, Gotha, www.johanna-scheringer.de

Diana Skibbe: Sprecherin für Verbraucherschutz, Wahlkreisbüro (1): Carolinenstraße 46, Greiz, Wahlkreisbüro (2): Greizer Str. 33, Zeulenroda-Triebes, www.dianaskibbe.de

Karola Stange: Sprecherin für Soziales, Gleichstellung und Behindertenpolitik, Wahlkreisbüro linksKontakt: Johannesstraße 49, Erfurt, www.karola-stange.de

Torsten Wolf: Bildungspolitischer Sprecher, Wahlkreisbüro: Markt 4, Jena, www.torsten-wolf.net ■

Nebenbei Notiert

von Stefan Wogawa

Gier frisst Zeitungen

Am 11. Januar hatte ich Steffen Dittes, den innenpolitischen Sprecher der Linksfraktion, zum Interview mit dem Chefredakteur der Thüringischen Landeszeitung (TLZ), Bernd Hilder, nach Weimar begleitet. Danach berichtete Hilder kurz über weitere publizistische Vorhaben. Am nächsten Tag der Knaller: Per Pressemitteilung verbreitete die Funke-Mediengruppe, zu der die TLZ gehört, sie trenne sich von Hilder als Chefredakteur, „wegen unterschiedlicher Auffassungen über die zukünftige Entwicklung der Zeitung“.

Am 22. Februar legte Funke nach: mit einem als „Zukunftsprogramm“ euphemistisch verbrämten Radikalschnitt kündigte man an, für die Thüringer Allgemeine (TA), Ostthüringer Zeitung (OTZ) und die TLZ eine Zentralredaktion für landespolitisches Themen zu schaffen. Die Bearbeitung überregionaler Themen ist für den Gesamtkonzern bereits in Berlin zentralisiert. Volle Fahrt Richtung journalistischer Einheitsbrei!

In Thüringen fallen etwa 150 Stellen weg, davon mit 65 ein Großteil in den Redaktionen. Laut des Magazins „Menschen machen Medien“ (verdi/Deutsche Journalistenunion) erfuhren Belegschaft und Betriebsräte erst zeitgleich mit den Medien davon.

Das Thema hat landespolitische Bedeutung, ist Funke in Thüringen doch Monopolist mit einem Anteil von 80 Prozent am Zeitungsmarkt. Während der März-Plenarsitzung des Landtages wurde es deshalb zweimal aufgegriffen, u.a. in einer mündlichen Anfrage von Susanne Hennig-Wellso, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE.

Sergej Lochthofen (von 1990 bis 2009 TA-Chefredakteur) hatte in einem Vortrag im Dezember 2012 in Jena statt von einer Krise der Zeitungen von einer „Krise der Verlage“ - also der Medienunternehmen - gesprochen und „Fehlentscheidungen aus Gier“ vorhergesagt. ■

„Bester politischer Redner“

Von 1999 bis 2005 sowie von 2009 bis 2014 war Bodo Ramelow Mitglied des Thüringer Landtags (die meiste Zeit als Vorsitzender der Linksfraktion). Am 5. Dezember 2014 hat ihn der Landtag zum ersten linken Ministerpräsidenten in Deutschland gewählt. Die Landespolitik prägt er nachhaltig, nicht zuletzt durch seine eindrucksvollen Reden (der Thüringer Allgemeinen gilt er als „bester politischer Redner“ im Freistaat). Mit



dem Buch „Es reicht nicht, Opposition zu sein“ liegt jetzt eine Sammlung markanter Zitate des scharfzüngigen politischen Ausnahmetalents vor. Es versammelt Aussprüche aus zwei Jahrzehnten (von 1995 bis 2016). Sie reichen von ernst bis heiter. Zum The-

ma „Verantwortung“ sagt Bodo Ramelow etwa: „Meinen Söhnen möchte ich in die Augen sehen, wenn sie mich fragen, was ich getan habe.“ Seine langjährige Beobachtung durch den Geheimdienst „Verfassungsschutz“ (vom Bundesverfassungsgericht 2013 als verfassungswidrig gestoppt) fasst er so zusammen: „Es geht also um die Kernfrage, wer kontrolliert wen in einer parlamentarischen Demokra-

tie.“ Über seinen Hund sagt er: „Mein Hund ist ein liebenswertes Geschöpf. Er ist ein guter Kamerad. Den hetze ich nicht auf Menschen, nicht einmal auf Chefredakteure.“ Das titelgebende Zitat über die Opposition stammt aus dem Jahr 2002. (ar)

„Es reicht nicht, Opposition zu sein“. Bodo Ramelow in 162 Zitaten von A bis Z (zusammengestellt und herausgegeben von Stefan Wogawa), THK Verlag Arnstadt 2016, 104 S., ISBN 9783945068076, 8,90 EUR ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber: DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion: Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.